

## IM BLICKPUNKT

### Der Zwang zum Dienen

Ein junger Unternehmer formulierte einst: „Ich mache alles, womit ich Geld verdiene.“ Damit brachte er zum Ausdruck, daß er zum Dienen bereit war.

Die Bereitschaft zum Dienen ist in den Jahren des wachsenden Wohlstandes etwas verlorengegangen. Das ist menschlich, denn dienen kann unbequem sein.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert und die Bereitschaft zum Dienen wächst wieder. Es gibt allerdings in erster Linie psychologische Barrieren, die vielfach in den Köpfen aufgerichtet sind und die abgebaut werden müssen. Dienen wird in Deutschland vielfach als eine Aufgabe niederer Art angesehen. Die Erziehung in Ost und West hat sehr viel dazu beigetragen.

Die so Denkenden vergessen, daß Wohlstand in den allermeisten Fällen erst durch Dienen erarbeitet wurde. Nur wenige können zur gleichen Zeit dienen und herrschen, und wer als Freiberufler oder Gewerbetreibender sein Geld verdient, der muß zu vielen Dienstleistungen bereit sein, die ihm nicht behagen.

Dies müssen alle diejenigen sehen und erkennen, die zu den mehreren Legionen zählenden Akademikern gehören, die bestens ausgebildet sind und die dennoch keinen Einstieg in das Berufsleben finden. Das müssen auch die erkennen, die gute Positionen verlieren und denen im angestammten Beruf eine zukünftige Perspektive fehlt.

Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft mit all ihren Spielregeln. Die Geborgenheit, die es für viele in den Fabriken gab, die gibt es nur noch für wenige.

Flexibilität und die Bereitschaft, auf einige angenehme Gewohnheiten zu verzichten, sind in Verbindung mit einer absoluten „Dienstbereitschaft“ ein wichtiges Standbein im Erwerbsleben jedes Einzelnen.

Wer sich diesem Zwang entziehen will, der wird auf die Ebene der Sozialhilfeempfänger abgedrängt werden – und für die sind die guten Jahre vorüber!

Sein oder nicht sein, das ist die Frage, die sich vielen drängender als je stellt. Nur durch Dienen kann man existieren und die Existenz sichern. Dienen ist somit das Gebot Nr. 1!  
R. P.

### Förderung der Wärmepumpe unterstützt Marktaufschwung

Einen umfassenden Überblick über Förderprogramme und Unterstützungsmaßnahmen zum Wärmepumpeneinsatz von Bund, Ländern, Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerken vermittelt die zweite, aktualisierte und erweiterte Ausgabe einer vom Informationszentrum Wärmepumpen und Kältetechnik (IZW) herausgegebenen Broschüre.

Die verstärkte Förderung des Wärmepumpeneinsatzes durch öffentliche Mittel von Bund und Ländern bedeutet vor allem ein wichtiges politisches Signal für die Stabilisierung des derzeitigen Marktaufschwungs dieser energiesparenden und umweltschonenden Heiz- und Kältetechnik. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß moderne und fachgerecht installierte Wärmepumpenanlagen durch die Nutzung von Umgebungs- und Abwärme einen wesentlichen Beitrag zur Einsparung fossiler Primärenergieträger und zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten können. In dieser Hinsicht sind monovalent betriebene Wärmepumpen selbst dem Gasbrennwertkessel deutlich überlegen. Zudem besteht bei der Wärmepumpe noch ein vergleichsweise großes Entwicklungspotential zur weiteren Verbesserung der Energieeffizienz.

Mit der verfügbaren Wärmepumpentechnik können heute auch im Bereich der Altbauseanierung schon in einer Vielzahl von Fällen die Kriterien wichtiger Förderprogramme erfüllt und geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen als mit dem Gasbrennwertkessel realisiert werden. Es ist nun die Aufgabe der Wärmepumpenbranche, durch überzeugende Argumente, ausgereifte Konzepte und eine umfassende Informationstätigkeit vor allem die politischen Entscheidungsträger, das Fachhandwerk und die Bauherren von den Vorteilen des Wärmepumpeneinsatzes auch im Altbausektor zu überzeugen. Wenn dies gelingt und der Marktaufschwung im Neubausektor weitergeführt wird, ist nach Ansicht des IZW davon auszugehen, daß sich die Wärmepumpe aufgrund der Kostendegression bei hohen Stückzah-

len in wenigen Jahren auch ohne Fördermittel am Markt hervorragend behaupten kann.

Die Broschüre „Förderprogramme und Unterstützungsmaßnahmen zum Wärmepumpeneinsatz“ kann gegen eine Schutzgebühr von 15,- DM zuzüglich Porto und MwSt. beim Fachinformationszentrum Karlsruhe, Bibliographischer Service, 76344 Eggenstein-Leopoldshafen, angefordert werden.

### Anteil des Kernenergie-Stroms gestiegen

Seit Beginn der kommerziellen Nutzung der Kernenergie in Westdeutschland 1972 stieg der Anteil dieses Energieträgers an der Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung von 4,6 auf 38,3 Prozent im Jahr 1996. Die westdeutschen Stromversorger erzeugten 1996 rund 160 (1972: 9) Milliarden Kilowattstunden Strom aus Uran. Insgesamt wurden im Zeitraum 1972 bis 1996 von den Stromversorgern rund 2255 Mrd. kWh Strom in Kernkraftwerken erzeugt. Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch in Deutschland lag 1996 bei rund 540 Mrd. kWh. E. S.

### Reduzierung des Treibhauseffekts? Stromverbrauch stieg um 3,1 Prozent

Die Kunden der deutschen Stromversorger kauften im Januar 1997 mit 44,9 (Januar 1996: 43,6) Milliarden Kilowattstunden 3,1 Prozent mehr Strom als im entsprechenden Vorjahresmonat. Wichtigste Ursache des Anstiegs war der Dauerfrust zu Beginn des Jahres. E. S.

### Veröffentlichung der Fachgruppe Kältemöbel: „Einsatz von Kälteanlagen mit indirekter Kühlung“

Eine Studie des Forschungszentrums für Kältetechnik und Wärmepumpen, Hannover, beschreibt den Einsatz von Kälteanlagen mit indirekter Kühlung in Supermärkten und stellt die Vor- und Nachteile dieser Anlagen im Vergleich zu herkömmlichen Kälteanlagen mit direkter Verdampfung unter den Gesichtspunkten des Energieverbrauchs, der Umweltverträglichkeit, der Investitionskosten und sonstiger Aspekte dar. Dabei werden insbesondere Kälteanlagen mit Ammoniak aber auch mit

**SPD unterliegt im Umweltausschuß**

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Schutz der stratosphärischen Ozonschicht und Bekämpfung des anthropogenen Treibhauseffektes durch die Beendigung von Produktion und Einsatz teilhalogener FCKW“ gemäß Bundestagsdrucksache 13/5806 (Ziel: Verbot von H-FCKW als Treibmittel für Dämmstoffe und als Kältemittel ab 1. 1. 1998) lag am 12. März im federführenden Ausschuß des deutschen Bundestages, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zur Behandlung vor. Nach ausführlicher Beratung (ein Protokoll war zu Redaktionsschluß noch nicht verfügbar) wurde der SPD-Antrag mehrheitlich gegen die Stimmen der Antragsteller (bei Null Stimmenhaltungen) von der Koalitionsmehrheit (CDU/CSU und F.D.P.) abgelehnt. Der Ausschuß hat 39 Mitglieder, die nach Recherchen der KK in der Sitzung vom 12. März 1997 wohl überwiegend anwesend waren. Somit ist davon auszugehen, daß der Deutsche Bundestag zu gegebener Zeit – und nach weiterer Beratung im Wirtschaftsausschuß und weiteren relevanten Ausschüssen (z. B. Verteidigung) – dem Ablehnungsbeschluß des Umweltausschusses folgen wird. Zu der hier angesprochenen Drucksache 13/5806 gibt es weitere inhaltliche Themenbehandlung auf den Seiten 246 bis 249 in dieser KK.

**Schwarze Peter und arme Schweine**

... sie gehören zusammen, wie der Wind und das Meer. Denn, die Jüngsten, die Schwächsten, die Unerfahrensten aber auch die Ehrgeizigsten, sie üben eine magische Anziehungskraft auf diejenigen aus, die Schwarze Peter zu verteilen haben. So bleibt es nicht aus, daß sie dabei zu „armen Schweinen“ werden.

Schwarze Peter werden auf allen gesellschaftlichen Ebenen verteilt. So wie Alter nicht vor Torheit schützt, so schützt ein Dienstrang nicht vor'm Schwarzen Peter.

Platz im Winter eine Wasserleitung . . . wer hat die Schuld? Sie liegt natürlich bei demjenigen, der sich am wenigsten verteidigen und wehren kann . . . und man braucht ja einen Schuldigen.

Stürzt ein Computer ab, dann steht der Jüngste, der Unerfahrenste sofort im Verdacht, daran herumgefummelt zu haben.

Gilt es, eine aufgebrauchte Menschenmenge zu beruhigen, zu ihnen zu sprechen, wer muß an die Front? Am besten eine junge Ministerin, sie bekommt den Schwarzen Peter zugeschoben und muß sich dann mit Mehl „bepudern“ lassen. Schließlich hat sie ja ein gutes Gehalt.

Wenn's um ein zweifelhaftes Kind geht, dann steht mit Sicherheit eines fest: Einer muß es gewesen sein. Früher besorgte man sich am besten die richtigen Zeugen, die bezeugen konnten, daß man nicht gezeugt haben konnte . . . und so hatte dann ein anderer den Schwarzen Peter und mußte für'n anderen zahlen, das arme Schwein.

Es gab bereits Kaiser, die nie Kaiser sein wollten, aber, wenn die Karten gemischt wurden und ihnen der Schwarze Peter zugeschoben wurde, dann hatten sie keine Chance, sie mußten Kaiser sein, die armen . . .!

Ja, Schwarze Peter, die muß man verteilen können. Man braucht nur den nötigen Instinkt, die Menschenkenntnis und psychologische Schulung.

Geht es um „hochwertige Aufgaben“, dann findet man stets einen Ehrgeizling, der gerne eine „kleine Aufgabe“ übernehmen und sich profilieren möchte. Dafür muß er sich dann die Zähne ausbeißen und auch schlaflose Nächte in Kauf nehmen – dieses arme, dumme Schwein.

Ja, man muß die richtige Denkweise haben, wenn man Schwarze Peter verteilen will. Aber, Vorsicht, Vorsicht! Er, der Schwarze Peter, kann auch wie ein Bumerang zurückkommen. Es gibt Könner, die machen etwas aus ihm, manchmal etwas Großes, Einmaliges. Sie steigen dann empor wie ein Phönix aus der Asche und man meint dann, es habe eine Metamorphose vom armen Schwein zum schlaun Fuchs oder auch zum reißenden Tiger stattgefunden.

So wird der Schwarze Peter nun weiter wandern . . . zu einem neuen, armen Schwein!

R. P.

Propan oder Propen und FKW Kältemitteln betrachtet. Diese Veröffentlichung kann kostenlos abgerufen werden bei der Fachgruppe Kühlmöbel, Lyoner Straße 18, 60528 Frankfurt.

**Weitere Informations-schrift des Arbeitskreises eurammon**

Die eurammon-Information Nr. 8/Januar 1997 trägt den Titel „Ökologisch chemische Bewertung des Kältemittels Ammoniak“ und befaßt sich mit dem umweltgerechten Umgang mit dem Kältemittel Ammoniak. Das Informationsblatt kann angefordert werden bei eurammon, Lyoner Str. 18, 60528 Frankfurt.

**„Euro konkret – Die EWU und ihr Unternehmen“**

**Neuer Ratgeber der Volksbanken und Raiffeisenbanken**

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken halten ab sofort einen neuen Euro-Ratgeber für Unternehmen bereit. Die Broschüre mit dem Titel „Euro konkret – Die Europäische Währungsunion (EWU) und Ihr Unternehmen“ gibt neben allgemeinen Informationen zur EWU vor allem konkrete Hinweise für Unternehmen, wie sie sich auf die geplante europäische Einheitswährung vorbereiten können.

„Euro konkret“ zeigt ausführlich auf, was der Euro für ein Unter-

nehmen im einzelnen bedeutet. Umfassend werden die innerbetrieblichen Strukturen und Abläufe im Hinblick auf ihre „Euro-Betroffenheit“ durchleuchtet. Weit über eine reine Analyse hinausgehend gibt die Broschüre konkrete Hinweise, wie Unternehmen ihre Firma „Eurotauglich“ machen können. Zahlreiche Checklisten erleichtern das dazu notwendige Vorgehen. Ein weiterer Schwerpunkt beschäftigt sich mit den möglichen Auswirkungen des Euro auf die Finanzierungsformen des Unternehmens. Darüber hinaus zeigt der Ratgeber Chancen und Risiken der Europäischen Währungsunion auf und erklärt den Übergang in die europäische Währung.

Gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen besteht nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) ein großer Informationsbedarf zur Währungsunion. Für viele mittelständische Unternehmen zieht die Einführung des Euro eine Reihe von Fragen nach sich und führt zu einem besonderen Bedarf an externer Unterstützung. Mit der neuen Publikation wird hier Abhilfe geschaffen.

„Euro konkret – Die Europäische Währungsunion und Ihr Unternehmen“, 88 Seiten, ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich. E. S.